Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 12

Rubrik: Zeichen der Zeit : am Ende des "real existierenden Sozialismus"

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Am Ende des «real existierenden Sozialismus»

Das zu Ende gehende Jahr hat Europas Nachkriegsordnung endgültig verabschiedet. An die Stelle des «real existierenden Sozialismus» tritt die «Marktwirtschaft», vielleicht auch nur die Illusion, die sich die Völker Ostmitteleuropas von ihr machen. Eines der wichtigsten «realsozialistischen» Länder ist von der Landkarte verschwunden: Die DDR hat in die mehr oder weniger «freundliche Übernahme» durch die BRD eingewilligt. Wie aber verarbeiten die betroffenen Gesellschaften und das neue Gesamtdeutschland diese Umwälzung? Welches sind die Folgen für Gesamteuropa und für die übrige Völkergemeinschaft?

Vom «Realsozialismus» zum Frühkapitalismus?

Einzig die *sowjetische Führung* scheint noch an eine Demokratisierung und Liberalisierung des «realsozialistischen» Systems ohne Kapitulation vor dem Kapital zu glauben. Im ökonomischen Bereich steht der Beweis für das Gelingen dieser Transformation noch aus. Die auseinanderstrebenden Nationalitäten und Nationalismen nutzen die Misere und verstärken sie zugleich. Die Zeit drängt, ohne dass eine Lösung in Sicht wäre. Was droht, sind Hunger, Chaos, Bürgerkrieg. Michail Gorbatschow akkumuliert immer mehr Macht und erscheint trotzdem immer machtloser. Was bedeuten die Schüsse anlässlich der Feier der Oktoberrevolution auf dem Roten Platz? Naht die Stunde der Armee? Kommt es gar zur «chinesischen Lösung»(deren Original sich dadurch zweifellos bestätigt fühlte)? Und was dann? Das Machtvakuum ist zugleich ein Sinnvakuum, die Krise also eine solche nicht nur der ökonomischen, sondern auch der weltanschaulichen Grundlagen des Sowjetstaates. Das Sinnvakuum füllt sich mit nationalistischen, antisemitischen, ja offen faschistischen Ideologien. Ob auch mit einer Renaissance des Christentums, einer echten oder einer nur oberflächlichen, bleibt abzuwarten. Dass Leo Tolstoi (1828–1910) und Nikolai Berdjajew (1874–1948) wieder in hohem Ansehen stehen und ihre Schriften mehr denn je gelesen werden, ist jedenfalls kein schlechtes Omen – trotz allem.

Mit dem Namen Gorbatschow für immer verbunden bleibt die Entlassung der *Staaten Ostmitteleuropas* aus Moskaus Kuratel. Das war ein noch nie dagewesener freiwilliger Machtverzicht zugunsten des Selbstbestimmungsrechts der Nationen – für die sowjetische Führung deshalb ein Gewinn und kein Verlust an Prestige. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Gorbatschow belegt die – biblische – Wahrheit dieser Dialektik. Schon eher fragwürdig ist dagegen, was die «post-realsozialistischen» Staaten mit der neugewonnenen Unabhängigkeit anfangen. Wenn nicht alles täuscht, treiben einige von ihnen nicht nur zurück in den Kapitalismus, ja Frühkapitalismus, sondern auch in einen überholt geglaubten Nationalismus, wenn nicht am Ende gar in einen nur schlecht kaschierten Faschismus.

Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei, um nur die Vorreiter des revolutionären Wandels in Ostmitteleuropa zu nennen, verkünden den *Übergang zur Marktwirtschaft.* Gemeint ist damit auch die «Privatisierung», das heisst die Wiedereinführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, im Klartext: die Restauration des Kapitalismus. «Transformationsgesetze», wie sie in der CSFR heissen, sollen die Umwandlung bisheriger Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften ermöglichen. Doch die Bevölkerung ist zu arm, um Aktien zu erwerben. Allfällige «Mitarbeiteraktien» sollen – gut kapitalistisch – über einen bescheidenen Anteil am stimmberechtigten Kapital nicht hinauskommen. Folglich bleibt den Regierungen nur der Ausverkauf der verstaatlichten Unternehmungen an ausländische Inve-

storen und «Investmentfonds». Auch Polens Solidarnosc-Bewegung, die einst als unabhängige Gewerkschaft auszog, die Arbeiterselbstverwaltung zu erkämpfen, enteignet den Staat – und damit sich selbst – in vorauslaufendem Gehorsam gegenüber dem Auslandkapital. Gleichzeitig wächst die Arbeitslosigkeit. Bis zum Jahresende werden in Polen 1,5 Millionen Arbeitslose erwartet. Das Warenangebot ist zwar reichlicher, für den Durchschnitt aber unerschwinglicher geworden. Dafür protzen die ersten Neureichen mit westlichen Autos und luxuriösen Vorstadtwillen. Und überall in Ostmitteleuropa sind es zuerst die Frauen, die aus dem «Arbeitsmarkt» und auch aus der Politik verdrängt werden. Die «Kapitalisierung der Wirtschaft» ist einmal mehr mit der «Feminisierung der Armut» verbunden.

Nach dem traurigen Beispiel der US-Hegemonie gegenüber Lateinamerika drohen die Staaten Ostmitteleuropas zum «Hinterhof» des kapitalistischen Westeuropa zu werden. Statt den «dritten Weg» der Demokratisierung wählen sie für ihre Wirtschaft den *«Dritte-Welt-Weg»* der Privatisierung – und Verelendung. Noch glauben die betroffenen Völker den Apologeten des Marktes, dass die Not nur vorübergehend, die Durststrecke bald überwunden sei. Wie aber soll diese Verheissung in Erfüllung gehen? Wirklich durch Investitionen und Kredite aus dem kapitalistischen Ausland? Wo dieses doch nicht einmal in der Lage ist, die eigene, «hausgemachte» Massenarbeitslosigkeit zu überwinden? Selbst in Zeiten der Hochkonjunktur sank die Zahl der Arbeitslosen in den westlichen Ländern und in Japan nie unter die 30-Millionen-Grenze. Wie sollen erst Arbeitsplätze geschaffen oder auch nur erhalten werden in einer Wirtschaft, die – nach westlichen Massstäben – «marode» ist oder geredet wird? (Immerhin war sie bislang in der Lage, allen einen Arbeitsplatz und ein, wenn auch sehr bescheidenes Auskommen zu sichern.) Was wäre von einer kapitalintensiven Modernisierung zu erwarten, die aller Erfahrung nach mehr Arbeitsplätze wegrationalisieren als neue schaffen würde? Was soll die arbeitenden Menschen motivieren, weiterhin zu niedrigen Löhnen zu arbeiten, wenn sie von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen bleiben? Unter dem Schlagwort «keine Experimente» werden die Menschen den brutalsten Experimenten des totalen Marktes ausgesetzt. Die sozialen Grundrechte auf Arbeit, Wohnen, Gesundheit und Bildung gelten als «Altlasten» der Vergangenheit, die in der aufgeklärten, «postkommunistischen» Gesellschaft natürlich nichts mehr zu suchen haben. Dass diese frühkapitalistische Ideologie heute Mehrheiten findet, ist der eigentliche ideologische Bankrott des «realen Sozialismus» und seiner «Erziehungsdiktatur».

Trotzdem ist manches an der «post-realsozialistischen» Situation noch oder schon wieder ambivalent. Der *Solidaritätsgedanke* scheint in dem Privatisierungsgerede nicht ganz unterzugehen. Laut repräsentativen Meinungsumfragen wünschen Mehrheiten in diesen Staaten ein «Modell», «das keine allzu grossen sozialen Unterschiede und Härten sowie eine breite Vermögensbeteiligung – etwa in Form von Mitarbeiterdominierten Aktiengesellschaften – umfassen würde»[1]. Auch in der NZZ (21.11.90) stellt ein westdeutscher Ökonom mit wenig Begeisterung fest, dass «die Bevölkerung angesichts der aktuellen Misere und nach Jahrzehnten sozialistischer Propaganda für echte oder vorgebliche Argumente sozialer Gerechtigkeit besonders sensibilisiert ist».

Wo die ersehnte Kompensation der angeblich «verlorenen Jahre»[2] im «Realsozialismus» durch höheren Wohlstand und Konsum sich so schnell nicht einstellt und wo bessere Werte oder Leitbilder zu fehlen scheinen, greift allerdings auch eine unheimliche Regression in neue, diesmal *nationalistische Kollektivismen* Platz. Das nationale Ganze, einmal absolut gesetzt, verdrängt die demokratischen Grundwerte, die wir am Anfang der revolutionären «Wende» von 1989 noch zu erkennen glaubten. Es wird zum Sprengsatz für Vielvölkerstaaten wie Jugoslawien, setzt aber auch den Staat der Tschechen und Slowaken einer Zerreissprobe aus. Überall in Ostmitteleuropa tritt zudem der Antisemitismus als unverarbeitet schlechtes Erbe «christlicher», vor allem katholischer Vergangenheit hervor. «Wachsender Antisemitismus in Ungarn» titeln zum Beispiel die Zeitungen in diesem Herbst. Die demokratisch gewählte Regierung Antall lässt ihn

gewähren. Antisemitismus scheint ihr in fataler Weise willkommen, um von der katastrophalen Wirtschaftslage abzulenken, aus der die seit April regierende konservative Koalition keinen Ausweg weiss.

Antisemitismus regt sich vor allem in Polen, hier verbunden mit einem totalitären Volkskatholizismus, der alles ausgrenzt, was von ihm abweicht: «Protestanten», «Kommunisten», «Gottlose». Die Spaltung, vor der Solidarnosc steht, hat nicht zuletzt mit dem Gegensatz zwischen politischem Katholizismus und aufgeklärt liberalem Laizismus zu tun. Nach dem Sieg des populistischen Volkshelden Lech Walesa über den besonnenen bisherigen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki in der Präsidentenwahl ist zu befürchten, dass die Klerikalisierung des öffentlichen Lebens weiter fortschreiten und die parlamentarische Demokratie unter die Knute der Wojtyla-Kirche geraten wird. («Wenn Ihr Polen demokratisieren wollt, müsst Ihr zuerst die katholische Kirche demokratisieren», habe ich 1980 einer polnischen Delegation beim HEKS in Zürich gesagt.) Was bedeutet es wohl in dieser labilen Situation des Umbruchs, wenn Walesa sich Marschall Jozef Pilsudski zum Vorbild nimmt, den polnischen Diktator, der 1926 gegen die gewählte Regierung putschte und bis 1935 herrschte? Ist die bürgerliche Demokratie der kürzeste Weg vom «Realsozialismus» zum *(Klerikal-)Faschismus?* Wenn ja, nur für Polen? Hier zeigt sich vielleicht die schwerwiegendste «Altlast» des Vergangenen: «Das kommunistische System hat in der Unterdrückung jeglichen Pluralismus weithin die Fähigkeit zerstört, unterschiedliche Ansichten zu artikulieren und weltanschaulich-politische Toleranz zu üben.»[3]

Wohin treibt Deutschland?

Nochmals anders stellt sich die Situation in der *ehemaligen DDR* dar. Die «Deutschen Demokratischen Revolutionärinnen und Revolutionäre» des Vorjahres leben heute wie Fremde im eigenen Land. «Ich bin hier geblieben, aber mein Land ist von mir gegangen», singt ein ostdeutscher Liedermacher.[4] Die Revolution wurde ihnen entwunden, für die Zwecke der kapitalistischen Restauration instrumentalisiert, noch bevor sie es recht begreifen konnten. Die meisten der 16 Millionen Neubürger und Neubürgerinnen der BRD verhalten sich so passiv wie zuvor. Sie lassen die «Marktwirtschaft» über sich ergehen wie früher die Kommandowirtschaft des SED-Staates. Fast die Hälfte wählt die CDU, nicht weil diese mit mehr Recht als die alte Blockpartei gleichen Namens das C im Namen führte, sondern weil sie Aufschwung und Massenkonsum verheisst. Doch die radikale Wirtschaftsliberalisierung fördert einstweilen mehr den Bankrott als die Sanierung lebensfähiger Betriebe in Landwirtschaft und Industrie. Millionen verlieren ihren Arbeitsplatz, Frauen auch noch das letzte bisschen Emanzipation aus vergangenen Tagen

Ob es eine Alternative gegeben hätte? Wohl nicht bei einem politischen Bewusstsein, dem «Sozialismus» mit autoritären Methoden eingehämmert und damit auch schon verleidet wurde. «Nie wieder Sozialismus!» hiess die Parole der Sieger bei den Volkskammerwahlen vom 18. März dieses Jahres. Auch nicht bei den starken Abhängigkeiten von der BRD, die auf eine Nötigung hinausliefen, das kapitalistische System zu übernehmen. Bereits die im Mai 1990 vereinbarte Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion war «ein Dokument der Überwältigung der DDR durch die Bundesrepublik», schreibt ein ostdeutscher Theologe.[5] Schon gar nicht bei der geschickt inszenierten Dramatisierung des angeblich bevorstehenden ökonomischen Zusammenbruchs, durch die Bonn das Jahrhundertgeschäft mit der Angst machte. So oder anders, der schnelle «Anschluss» als Mittel zur schnellen Mark hinterlässt zwangsläufig eine Orientierungskrise. Auf dem Hals über Kopf vereinheitlichten Deutschland lastet eine unaufgearbeitete Vergangenheit, aus der einerseits die Ost-CDU mit dem Segen Kohls und der kirchlichen Vereinigungsideologie als exkulpierte neue Systempartei und anderseits die PDS als umso gnadenloser verfolgter Sündenbock hervorgehen. Die grassierende Fremdenfeindlichkeit in der ehemaligen DDR ist ein weiteres Indiz für das Sinnvakuum, das dem hoffnungsvollen demokratischen Aufbruch gefolgt ist. Die «Mauer» wurde nicht wirklich abgetragen, sondern an die Ostgrenze versetzt. «Teilen» will man, sofern überhaupt,

nur im nationalen Rahmen, nicht mit Roma und Rumänen.

Die vielleicht grösste Hypothek, die auf dem «Anschluss» an BRD und Nato seit dem 3. Oktober lastet, ist seine fehlende *demokratische Legitimation*. Die Präambel und der Artikel 146 des Bonner Grundgesetzes hätten den Weg gewiesen, um Deutschland durch eine neue, vom Volk ausgehende Verfassung zu vereinigen. Statt dessen hat die Regierung Kohl dieses Versprechen des Grundgesetzes gebrochen, den zweiten deutschen Staat mit einem Advokatenkniff über Art. 23 annektiert und damit auch die Würde der Menschen in der DDR missachtet. Der ehemalige Verfassungsrichter Helmut Simon befürchtet, dass der «Bruch dieses Versprechens ... sich langfristig als gefährlicher Geburtsfehler erweisen könnte»[6]. Der zukunftsträchtige Verfassungsentwurf, der zur Zeit der Regierung Modrow am zentralen Runden Tisch ausgearbeitet wurde, hat schon in der nachfolgenden, auf Selbstliquidation bedachten Volkskammer keine Gnade gefunden. Für das Linsenmus der «Marktwirtschaft» gab die DDR das Erstgeburtsrecht der eigenen demokratischen Revolution preis. Dass Kapital wichtiger ist als Demokratie, dürfte zwar keine deutsche Besonderheit sein, aber auch keinen besonderen Vertrauensvorschuss in die demokratische Zuverlässigkeit Gesamtdeutschlands begründen. «Nicht dieses Deutschland!» schrieb ich im letzten Aprilheft. «Nichtiges Deutschland?» müsste ich heute infolge der fehlenden demokratischen Legitimation des neuen und uns doch so alt vorkommenden Supergebildes fragen. Dass Kohl seine Wiederwahl am 2. Dezember für diese Legitimation hält, zeigt nur, wie wenig entwickelt in der CDU das demokratische Verfassungsverständnis noch oder schon wieder ist. Was, wenn Kapital auch in künftigen Krisen wichtiger sein sollte als Demokratie?

Neue Friedensordnung für Europa und die Völkergemeinschaft?

Der Sozialismus hat viele Namen. Einer davon heisst *Friede*. Die «Gunst der Stunde» müsste weit über das von den Regierenden beschlossene Mass an Abrüstung hinaus genutzt werden. Gewiss ist es ein Zeichen der Zeit, dass die deutsche Armee auf eine Truppenstärke von 370 000 Mann reduziert wird. Nur genügt dies nicht, sagt auch nichts über die in Zukunft zur Verfügung stehenden Waffentechnologien aus. Gewiss begrüssen wir alle den Vertrag über die Reduzierung der konventionellen Waffen vom Atlantik bis zum Ural, der in Wien ausgehandelt und am 19. November in Paris unterzeichnet wurde. Es handelt sich dabei um die umfassendste Abrüstungs-Übereinkunft, die je im konventionellen Bereich getroffen wurde. Nur trifft sie vor allem die Sowjetunion, während die Nato bereits vor «weiteren dramatischen Rüstungsreduktionen» (TA, 20.1.90) warnt. Überhaupt hätten die unterzeichnenden 16 Nato-Staaten und 6 Noch-Mitglieder des Warschauer Paktes besser getan, zugleich auch ihre Militärbündnisse aufzulösen. Dass die Nato den Warschauer Pakt überdauern wird, gar noch erweitert um das vereinigte Deutschland, ist eine empfindliche Niederlage für alle Friedenskräfte in Ost und West. Wes Geistes Kind die Nato war und wohl noch immer ist, zeigen jüngste Enthüllungen über paramilitärische Geheimbünde, wie «Gladio» in Italien, die in den 50er Jahren von Nato und CIA gegründet wurden, um in den westeuropäischen Staaten eine Machtübernahme durch «Kommunisten» zu verhindern. Im Interesse des Friedens und der Demokratie drängt die Zeit, alle Militärpakte aufzulösen und durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem nach dem Vorbild der UNO zu ersetzen. Eine neue oder erneuerte Friedensbewegung, die sich mit dem Erreichten nicht zufriedengäbe, sondern endlich daran ginge, alle Relikte aus der organisierten Friedlosigkeit des Kalten Krieges zu überwinden und für ein Europa ohne Armeen (EoA) einzutreten, wäre aktueller denn je.

Das Ende des Kalten Krieges muss auch für die *internationale Sicherheit* genutzt werden und darf nicht neuer Instabilität durch die gewaltsame Austragung regionaler Konflikte weichen. Als Probe aufs Exempel gilt zu Recht die neuste Golfkrise. «Die in der UNO-Charta angelegte Utopie eines friedlichen Zusammenlebens der Nationen rückt noch einmal in weite Ferne, wenn man jetzt nicht klar und hart reagiert. Deshalb ist der Konflikt tatsächlich ein Testfall für eine neue Weltordnung.» So

sagt es ein besonnener Völkerrechtslehrer wie Walter Kälin (TA, 9.11.90). Ich habe Mühe mit Begriffen wie «klar und hart», da sie nur allzu leicht das Kriterium der Verhältnismässigkeit völkerrechtlicher Sanktionen verdrängen. Vor allem sollte es nicht Sache der westlichen, alles andere als unbefangenen Supermacht sein, militärische Sanktionen im Namen der Völkergemeinschaft zu vollziehen. Es wäre schlechterdings unmöglich, einen Gegenangriff der in Saudi-Arabien stationierten US-amerikanischen Armada gegen den Irak als verhältnismässige Sanktion zu rechtfertigen. Zumal gerade die USA nie daran dachten, auf dem Verhandlungsweg zu einem gerechten Frieden für die ganze Region zu gelangen. Auf der andern Seite muss die UNO im äussersten Fall in der Lage sein, die in der Charta vorgesehenen Sanktionen, auch die militärischen, zu verhängen, wenn das völkerrechtliche Gewaltverbot sich unter den Staaten endlich durchsetzen soll. Libyens Revolutionsführer Muammar Gaddafi fordert darum, dass UNO-Truppen in Kuwait einrücken, «aber nicht die Amerikaner» (Spiegel, 12.11.90). Dass die UNO mit eigenen Sicherheitstruppen bei derartigen Konflikten intervenieren sollte, hat früher schon die Palme-Kommission vorgeschlagen.[7] Die Alternative wäre das Faustrecht oder – was auf dasselbe hinausliefe – die US-Regierung in der Rolle des selbsternannten Weltpolizisten bei weiterwuchernder Überrüstung und immer wieder neu ausbrechenden lokalen Konflikten. Die Alternative wäre somit nicht weniger, sondern mehr Gewalt. Erst wenn die Völkergemeinschaft imstande ist, kraft eigener Autorität den Weltfrieden zu gewährleisten, wird auch die Abrüstung vorankommen, die in unserer Risikogesellschaft nur als totale Abrüstung wirkliche Sicherheit bringen und zuletzt ebenfalls militärische Sanktionen der UNO überflüssig machen kann.

Ein anderer Name für Sozialismus heisst *Gerechtigkeit*. Mit gutem Gund sorgen sich die Völker des Südens, dass sie am Ende des «realen Sozialismus» als die eigentlichen Verlierer dastehen könnten. Auf der andern Seite birgt das Ende des Kalten Krieges für sie auch etwas Befreiendes, da künftig der Nord-Süd-Konflikt nicht mehr vom West-Ost-Konflikt überlagert sein wird. Die Drittweltländer dürften erheblichen Spielraum zurückgewinnen. Auch und gerade die Befreiungsbewegungen können nicht mehr als Verbündete, gar Erfüllungsgehilfen des «Kommunismus» diffamiert werden. In diese Richtung weisen erste Signale, wie zum Beispiel die Freilassung Nelson Mandelas und die seitherige Entwicklung in Südafrika. Ja, selbst die beiden verfeindeten Korea scheinen sich wieder aufeinander zuzubewegen. Vor allem Lateinamerika sollte sich unter der neuen Situation von alten Abhängigkeiten befreien können. Es dürfte der US-Administration künftig schwerfallen, in ihrem «Hinterhof» zu intervenieren, um angeblich den «Kommunismus» vom amerikanischen Kontinent fernzuhalten. Das wäre zwar noch nicht das Ende der Ausbeutung, am Ende wären vielleicht aber doch die Unterstützung rechtsextremer Regime, der «low-intensity conflict» gegen Befreiungsbewegungen oder Befreiungsregierungen und die Kanonenboot-Diplomatie, weil der Antikommunismus als bisherige «Geschäftsgrundlage» US-amerikanischer Aussenpolitik in der Dritten Welt entfiele und die wahren, ökonomischen Ursachen solcher Interventionen sich nicht länger verschleiern liessen. Ein zweites «Nicaragua» wird es wohl kaum mehr geben.

1 Jakob Juchler, Der Zusammenbruch des «Realsozialimus» und seine Folgen, in: NW 1990, S. 247.
2 «Verloren wäre die Zeit, in der wir nicht als Menschen gelebt, Erfahrungen gemacht, gelernt, geschaffen, genossen und gelitten hätten», schreibt Dietrich Bonhoeffer im Rückblick auf zehn Jahre nationalsozialistischer Gewaltherrschaft. Dass Bonhoeffer – bei allen Unterschieden zwischen den Systemen – auch für die Verarbeitung der DDR-Vergangenheit eine Orientierungshilfe sein kann, zeigt der wichtige Aufsatz von Lutz Motzikat «Ergebnisse auf dem Gebiet des Menschlichen», in: Rudolf Schulze (Hg.), Nach der Wende (Texte aus der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR), Berlin 1990, S. 9ff.
3 Theo Mechtenberg, Polens schwieriger Weg «zurück nach Europa», in: Orientierung, 15.11.90, S. 232.
4 Nach: Manfred Punge, Die Auflösung des real existierenden...Denkfiguren, in: Schulze (Hg.), a.a.O., S. 53.
5 Joachim Garstecki, Marktbeherrscht oder selbstbestimmt?, in: Schulze (Hg.), a.a.O., S. 69.
6 Eine neue Verfassung für Deutschland, in: Junge Kirche, Nr. 10/90, S. 549.
7 Vgl. Zeichen der Zeit: Die UNO zwischen Völkerrecht und Weltrecht, in: NW 1986, S. 61.